

Rede Prof. Jüttner anlässlich des Nominierungsparteitages der CDU Mannheim am 23.11.2012

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
lieber Herr Kranz,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,
meine Damen und Herren,

zunächst möchte ich Ihnen allen herzlich dafür danken, dass Sie heute, an diesem Freitagabend, zur Nominierungsversammlung gekommen sind.

Viele von Ihnen kenne ich seit Jahrzehnten. Dennoch möchte ich mich kurz vorstellen. Mein Name ist Egon Jüttner. Ich bin verheiratet und habe zwei erwachsene Kinder. Ich komme aus Sandhofen und bin vor 40 Jahren in die CDU eingetreten. 1980 habe ich auf der Liste der CDU zum ersten Mal für den Gemeinderat und zehn Jahre später zum ersten Mal für den Bundestag kandidiert. 1994 habe ich erstmals in der Geschichte unserer Stadt für die CDU das Direktmandat geholt.

Dieser Schock saß den Genossen ebenso in den Knochen wie der Verlust ihres Mandats im Jahre 2009, als ich zum zweiten Mal für die CDU in Mannheim das Direktmandat gewann. Und, liebe Freunde, es liegt nun in Ihrer Hand, ob wir bei der Bundestagswahl zum dritten Mal das Direktmandat gewinnen. Wenn Sie mich heute nominieren, dann schaffen Sie hierfür die Voraussetzung. Denn ich verspreche Ihnen: ich kämpfe und gebe mein Bestes, damit wir gemeinsam das Direktmandat in Mannheim gewinnen und den Sieg der CDU auf Bundesebene sichern!

Die CDU, meine Damen und Herren, hat die Erfolgsgeschichte unseres Landes maßgeblich geprägt. Sie hat die großen politischen Weichenstellungen für Deutschland auf den Weg gebracht. Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Helmut Kohl. Sie alle waren große Persönlichkeiten. Ihnen verdanken wir, dass Deutschland heute die führende Rolle in Europa spielt. Und Ihnen verdanken wir Frieden und Freiheit seit 67 Jahren.

Nun haben wir mit Angela Merkel eine ebenso große Persönlichkeit an der Spitze unseres Landes. Unserer Kanzlerin trauen die Menschen zu, Europa aus der Krise zu führen. Mehr als zwei Drittel der Bundesbürger sind mit der Arbeit unserer Bundeskanzlerin zufrieden. Mit Angela Merkel werden wir, da bin ich mir ganz sicher, auch die Bundestagswahl im nächsten Jahr gewinnen. Und dazu wollen wir auch in Mannheim unseren Beitrag leisten!

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, wir alle wissen, dass die **Zusammenarbeit mit der FDP** in den vergangenen drei Jahren nicht immer leicht war. Vor allem waren Außenwirkung und Kommunikation der christlich-liberalen Koalition oft mangelhaft. Wenn wir aber sachlich Bilanz ziehen, dann stellen wir insgesamt fest, dass die Koalition in diesen drei Jahren dennoch viel auf den Weg gebracht hat. Ich nenne hier beispielhaft die Beschlüsse zur Stabilisierung des Euro, das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, die Job-Center-Reform mit der Möglichkeit der Kooperation von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit, die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes, der alle Erwartungen übertroffen hat, die Krankenhausfinanzierungsreform zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Pflegedienst und zur Verbesserung der Betreuung von Patienten, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, die Erhöhung des Kindergelds, die Förderung des Ausbaus der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Sprachförderung, die Bundeswehrreform mit Aussetzung der Wehrpflicht, die Hartz-IV-Reform mit Einführung eines Bildungspakets für 2,5 Millionen Kinder sowie die Verabschiedung der Energiegesetze zur Neuausrichtung der Energiepolitik als Reaktion auf das Reaktorunglück in Fukushima. Danach steigt Deutschland bis zum Jahre 2022 schrittweise aus der Nutzung der Kernenergie aus und beschleunigt den Umstieg auf die erneuerbaren Energien. Dies hat Maßnahmen zur Folge wie die Beschleunigung des Netzausbaus, die Förderung erneuerbarer Energien und die energetische Sanierung an Wohngebäuden.

Mit der schnelleren Energiewende wird Deutschland eine der energieeffizientesten und umweltschonendsten Volkswirtschaften der Welt. Das kostet Geld und Zeit. Ich hoffe, dass wir mit dem vor der Sommerpause beschlossenen Gesetz zur Beschleunigung des Netzausbaus rasch vorankommen. Hier müssen die Länder ebenso wie die Bürger mitziehen und auf das St. Florians Prinzip verzichten.

Und auch vor zwei Wochen hat die Koalition gezeigt, dass sie handlungsfähig ist. Wir haben das Betreuungsgeld eingeführt und die Praxisgebühr abgeschafft. Und wir stellen 750

Millionen Euro mehr für neue Verkehrsprojekte zur Verfügung, die vor allem in den Straßenbau und die Wasserstraßen fließen sollen. Gleichzeitig haben wir uns für mehr Haushaltsdisziplin verpflichtet. Heute haben wir den Bundeshaushalt 2013 verabschiedet. Die Haushälter haben die im Regierungsentwurf vorgesehene Neuverschuldung noch einmal um 10% auf nunmehr 17,1 Milliarden Euro gesenkt. Nach der Schuldenbremse wäre eine Neuverschuldung von 41,4 Milliarden Euro möglich. Mit dieser deutlichen Unterschreitung kommen wir dem Ziel näher, bereits 2014 einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden. Damit schaffen wir die Grundlage dafür, dass Deutschland Wachstumslokomotive und Stabilitätsanker in Europa bleibt.

Meine Damen und Herren, die positive Entwicklung der vergangenen Jahre sowohl auf dem **Arbeitsmarkt** als auch bei der **wirtschaftlichen Entwicklung** zeigt, dass unsere Politik richtig ist. Sie hat die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt und Gewerkschaften und Unternehmen haben mit maßvollen Tarifabschlüssen zum Erfolg unserer Wirtschaft beigetragen. Wir haben heute halb so viele Arbeitslose wie am Ende der Regierung Schröder und wir haben so viele versicherungspflichtig Beschäftigte wie nie zuvor. Wir haben in den Bereichen **Bildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung** gut investiert und damit den Standort Deutschland entscheidend gestärkt. Bis 2013 steigern wir die Investitionen des Bundes in Bildung und Forschung um 12 Milliarden Euro. Mit dem **Hochschulpakt**, der **Exzellenzinitiative** und dem **Pakt für Forschung und Innovation** fördern wir zusätzliche Studienplätze und Spitzenforschung an Hochschulen. Die Studienanfängerquote hat mit 46% ein neues Hoch erreicht. Noch nie standen in der Bundesrepublik Deutschland so viele Menschen in Lohn und Brot wie heute. Deutschland ist gestärkt aus der Krise von 2008 hervorgegangen. Hatten wir im Jahre 2005 noch etwas über 5 Millionen Arbeitslose, so liegt heute die Zahl der Arbeitslosen bei 2,8 Millionen. Dies ist die seit 21 Jahren niedrigste Arbeitslosigkeit. Und gleichzeitig haben wir jetzt nur noch halb so viele arbeitslose Jugendliche wie 2005. Auch in Mannheim sank die Zahl der Arbeitslosen von 11,6% im Jahre 2005 auf 6% im Jahre 2012.

Und was **Europa** betrifft, so haben wir unabhängig von der derzeitigen Krise, insgesamt große Fortschritte gemacht. Bedenken Sie: wir haben in Deutschland seit 67 Jahren Frieden. Das hat noch keine Generation vor uns erlebt! Und vom Binnenmarkt und der gemeinsamen Währung hat niemand mehr als wir Deutsche profitiert. Und Mannheim mit seiner weit überdurchschnittlichen Exportquote ganz besonders. Was jetzt wichtig ist im Interesse

Deutschlands und ganz Europas: wir brauchen eine Schuldenbremse, eine einheitliche Bankenaufsicht und durchgreifende Strukturreformen. Angela Merkel hat Recht: es wäre genauso verantwortungslos, die Schulden einfach zu vergemeinschaften wie den Euro platzen zu lassen. Und ebenso verantwortungslos wäre die Generierung von Wachstum auf Pump oder die gemeinsame Schuldenaufnahme mit Eurobonds. Wir sind vielmehr für Solidarität bei harten, rechtsverbindlichen Anstrengungen. Leistung nur gegen Gegenleistung! Hier müssen wir dem französischen Staatspräsidenten Hollande und den deutschen Sozialdemokraten die Stirn bieten! Es ist deshalb gut für Deutschland, dass die Union regiert. Und darauf können wir stolz sein!

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, in den vergangenen drei Jahren dieser Legislaturperiode habe ich in Berlin meine Arbeit als Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe sowie als stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Vereinte Nationen geleistet. Hier bin ich Berichterstatter für die Bereiche Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit und setze mich für die Einhaltung der Menschenrechte ein. Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung und Wohnung, das Recht auf soziale Sicherheit, Gesundheit und Bildung sind zentrale Grundlagen für menschliche Entwicklung. Die neue deutsche Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat macht ein engagiertes Auftreten Deutschlands im bedeutendsten Menschenrechtsforum erforderlich. Als Industrieland fühlen wir uns verantwortlich, weltweite Unterschiede in der sozio-ökonomischen Entwicklung und in den Lebensbedingungen der Entwicklungsländer nachhaltig abzubauen. Mir persönlich ist es eine Herzensangelegenheit, dass wir den von Hunger und Krankheiten bedrohten Menschen helfen.

Außer meiner Ausschussarbeit in Berlin habe ich auch die **Interessen des Wahlkreises Mannheim** und seiner Menschen wahrgenommen. Die Arbeit im Wahlkreis nimmt für mich einen hohen Rang ein. Im ausgelegten Leitzordner können Sie alle Aktivitäten im einzelnen einsehen. Darüber habe ich in meinen „Berichten aus Berlin“, die ich regelmäßig in jeder Sitzungswoche verschicke, auf bisher mehr als 200 Seiten berichtet. Ich habe bis jetzt in 124 parlamentarischen Anfragen vor allem Mannheimer Probleme aufgegriffen. Aus dem Wahlkreis habe ich in den vergangenen drei Jahren ca. 1200 Personen, Erwachsene und Schüler, nach Berlin eingeladen und sie über aktuelle politische Themen und meine Arbeit im Bundestag informiert. Außerdem hatte ich bis jetzt 16 Praktikanten in meinem Büro in Berlin; davon kamen die meisten aus Mannheim. Im Rahmen des Programms „Jugend und

Parlament“ habe ich es jährlich Schülern aus Mannheim ermöglicht, im Plenum des Bundestags an Rollenspielen zur Politik und an Diskussionen mit Gleichaltrigen aus ganz Deutschland teilzunehmen. Darüber hinaus habe ich im Rahmen des „Parlamentarischen Patenschafts-Programms“ es Jugendlichen aus Mannheim ermöglicht, in den USA ein Schuljahr zu verbringen. In regelmäßigen, öffentlich angekündigten **Sprechstunden** habe ich erfahren, was die Menschen im Wahlkreis bewegt. Und oft habe ich mich gefreut, wenn ich jemandem helfen konnte, sein Anliegen zu klären. Ich war für jeden, der mich erreichen wollte, auch erreichbar und ansprechbar und ich habe mich um jedes einzelne Anliegen gekümmert.

Ich habe auch immer wieder **Firmen und wissenschaftliche Einrichtungen in Mannheim** besucht und in diese Besuche häufig auch Stadtratskollegen eingebunden. Insgesamt habe ich in dieser Legislaturperiode bis jetzt 45 Firmen in Mannheim besucht. Auch **ausländische Botschafter** – es waren mittlerweile 41 Botschafter – habe ich nach Mannheim eingeladen und es dadurch Firmen ermöglicht, in ganztägigen Besuchen der Botschafter wichtige Kontakte in die betreffenden Länder zu knüpfen. Dies ist für einen so stark exportorientierten Wirtschaftsstandort wie Mannheim von großer Bedeutung.

In vielen parlamentarischen Anfragen, Briefen und persönlichen Gesprächen habe ich mich in Berlin für Mannheimer Anliegen eingesetzt: so etwa für die Lärmschutzmaßnahmen an den Bahnstrecken im Stadtgebiet Mannheim, für den weiteren **Bahnsteig F** mit zwei Gleisen im Hauptbahnhof Mannheim, für den Ausbau der Nord-Süd-Transversale von Rotterdam über Mannheim nach Genua und für die ICE-Neubaustrecke von Frankfurt nach Stuttgart über den Hauptbahnhof Mannheim. Was die **Bundeswehrbildungseinrichtungen** in Neuostheim betrifft, so habe ich mich dafür eingesetzt, dass diese trotz Bundeswehrreform erhalten und sogar von 270 auf 290 Dienstposten aufgestockt worden sind.

Bei der **Patentkammer** am Landgericht Mannheim kämpfe ich weiterhin für deren Erhalt, denn Mannheim liegt mit ca. 300 Verfahren im Jahr in Deutschland an zweiter Stelle hinter Düsseldorf. Die Patentkammer ist ein Aushängeschild unserer Stadt, das nicht im Wege der Schaffung einer europäischen Patentgerichtsbarkeit einfach wegrationalisiert werden darf. Auch für den Erhalt der **Zollämter** in C7 setze ich mich ein, denn dessen Bestand ist in Gefahr, sobald im nächsten Jahr mit der Evaluierung der Binnenzollämter begonnen wird.

Auch beim **Hochwasserschutz** trete ich für eine zeitliche Beschleunigung des integrierten Rheinprogramms ein, von dem Mannheim profitieren wird. Der Zeitplan der grün-roten Landesregierung bis 2028 muss gestrafft werden! Und bei der **Kunsthalle** habe ich erreicht, dass diese noch im letzten Moment im Jahre 2011 200.000 Euro Bundesmittel für Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogramms erhalten hat. Hier war am letzten Tag der Bewerbungsfrist noch kein Antrag aus Mannheim eingegangen. Erst aufgrund eines Hinweises durch Staatsminister Neumann vom Bundeskanzleramt habe ich persönlich einen Antrag gestellt, der genehmigt wurde. Es freut mich, dass auf diese Weise Mannheim 200.000 Euro vom Bund erhielt.

Profitiert vom Bund haben wir in Mannheim auch von der Unterstützung für die Schillertage mit 150.000 Euro und für die deutsch-japanische Ausstellung „**Ferne Gefährten**“ mit 100.000 Euro. Auch in der Unterstützung Mannheims bei seiner Bewerbung als **Kulturhauptstadt** sehe ich eine wichtige Aufgabe. Dies gilt ebenso für Projekte aus Wissenschaft und Wirtschaft. So fördert der Bund zur Zeit eine Vielzahl von Projekten, durch die Infrastrukturmaßnahmen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen und private Unternehmen in Mannheim unterstützt werden. Allein die Mittel, die aus dem Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung nach Mannheim fließen, belaufen sich für den Zeitraum 2010-2013 auf 32,4 Millionen Euro. Unterstützt werden Einrichtungen wie das Institut für Deutsche Sprache, die Medizinische Fakultät oder die Hochschule der Bundesagentur für Arbeit.

Ich setze mich immer wieder in Berlin dafür ein, dass Mannheim vom **Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)** profitiert. Unterstützt werden in Mannheim zahlreiche Projekte von Firmen wie Bihl+Wiedemann, Gehr-Kunststoffe oder Lucebit in Neuostheim oder Metecon in P7 mit fast 9 Millionen Euro. Erwähnen möchte ich auch die Bundesprogramme „**Soziale Stadt**“ und „**Städtebauförderung**“. Dadurch wurden und werden in Mannheim viele Projekte wie der Stich in Sandhofen, das Zentrum von Käfertal oder Schönau-Mitte vom Bund gefördert. Allein im Jahre 2011 erhielt Mannheim bei der Städtebauförderung 1,8 Millionen Euro. Gefördert wurden vom Bund auch Projekte wie das Modellprojekt „Bürgerarbeit“ mit über 600.000 Euro, die an das Deutsche Rote Kreuz in Mannheim gingen. Auch das Gemeinschaftswerk Arbeit und Umwelt, Fairkauf, die Freilichtbühne oder das Interkulturelle Bildungszentrum wurden gefördert.

Meine Damen und Herren, ein besonders wichtiges Themenfeld für Mannheim ist die **Konversion**. Uns steht eine Fläche von 510 ha zur Verfügung. Hier habe ich mich bei der BiMA, der für die Konversionsgrundstücke zuständigen Bundesbehörde, insbesondere in Gesprächen mit dem Vorsitzenden der Behörde, dem ehemaligen Bundestagskollegen Dr. Gehb, ebenso wie in Briefen an die Kollegen des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages dafür eingesetzt, dass die Grundstücke vom Bund nicht meistbietend versteigert, sondern zuerst den Kommunen zum Schätzpreis angeboten werden. Dem hat der Haushaltsausschuss des Bundestages auch zugestimmt. Im Moment setze ich mich bei der BIMA dafür ein, dass die derzeit aufwändigen Preisschätzungen vereinfacht und die langwierigen Altlastenuntersuchungen beschleunigt werden. Bis jetzt wurde die Turley Kaserne von der Stadt gekauft, über Taylor wird verhandelt. Lösungen werden auch für Hammonds, Franklin, Spinelli und Coleman angestrebt. Hier steht die Stadt vor einer Herkulesaufgabe.

Meine Damen und Herren, in jüngster Zeit bewegt uns in Mannheim ein weiteres Thema sehr. So stieg die **Anzahl von Einwanderern aus Bulgarien und Rumänien** in Mannheim inzwischen auf 6000. Ich setze mich dafür ein, dass der Bund bei der Lösung des Problems von Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien die Kommunen nicht allein lässt. Die Bundesregierung muss alles unternehmen, damit sich die Lage der Sinti und Roma in Bulgarien und Rumänien verbessert und die armutsbedingte Auswanderung überflüssig wird. Es gilt, in der jetzigen Phase den Kommunen unter die Arme zu greifen und nach Möglichkeit einen Teil der Soziallasten zu übernehmen. Gleichzeitig muss die Bundesregierung auch in Bulgarien und Rumänien vorstellig werden, damit die dort von der EU zur Verfügung gestellten Milliarden zur Integration der Sinti und Roma auch tatsächlich sinnvoll eingesetzt werden. In Gesprächen, Briefen und parlamentarischen Anfragen thematisiere ich immer wieder die Situation, um Gehör zu finden für Lösungen.

Am 3. Dezember erfolgt der Baubeginn der **Stadtbahn-Nord**. Für die Jahre 2013-2019 sind insgesamt ca. 450 Millionen Euro gesichert nach dem vom Bund aufgelegten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Mit 60% der Kosten liegt der Bund an der Spitze, gefolgt vom Land mit 20% und ebenso 20% vom Verkehrsträger. Im Jahr 2019 aber läuft dieses Finanzierungsmodell aus. Ich setze mich dafür ein, dass Projekte wie die Stadtbahn-Nord auch noch nach 2019 vom Bund unterstützt werden.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, dieser Aufzählung von Aufgabenfeldern können Sie entnehmen, dass es viele Berührungspunkte zwischen Kommunal- und Bundespolitik gibt. Es ist deshalb wichtig, dass Mannheimer Interessen in Berlin vertreten werden. Hier sehe ich eine wichtige Aufgabe als Abgeordneter: nämlich als Türöffner und Druckmacher für Mannheim.

Meine lieben Freundinnen und Freunde, **Rot-Grün** versichert schon jetzt bei jeder sich bietenden Gelegenheit, gemeinsam regieren zu wollen. Einerseits fordert die SPD eine höhere Besteuerung von Millionären. Andererseits aber blockiert sie im Bundesrat das Abkommen mit der Schweiz und trägt damit dazu bei, dass deutsche Gelder in der Schweiz weiterhin un versteuert bleiben. Gleichzeitig verhindert sie, dass unserem Gesetzentwurf gegen die „kalte Progression“ vom Bundesrat zugestimmt wird. Damit sorgt sie dafür, dass sogar das Existenzminimum besteuert wird. Und ein weiterer Widerspruch der SPD ist, dass sie auf der einen Seite Wachstumsimpulse und Klimaschutz fordert, auf der anderen Seite aber unser 1,5-Milliarden-Programm zur energetischen Gebäudesanierung ablehnt. Die SPD, meine Damen und Herren, ist bei zentralen Themen für unser Land auf Schlingerkurs. Sie weiß nicht, was sie will. Sie ist orientierungslos. Roland Berger, der bekannte Unternehmensberater, sagte – ich zitiere - : „Die SPD hat so viele Standpunkte wie Führungskräfte. Für ein Unternehmen wäre das tödlich.“ Und die Grünen mit ihren zwei Parteivorsitzenden und ihren zwei Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl profitieren momentan vom grünen Zeitgeist. Sie gaukeln nach außen innerparteiliche Demokratie vor. In Wirklichkeit vertreten sie ein linksdogmatisches Programm und fordern nichts als höhere Steuern und Abgaben. Das Bürgerliche bei den Grünen ist nur Fassade. In Wirklichkeit wollen sie Stimmen von Unionsanhängern. Wir können sicher sein: reicht es nicht für Rot-Grün, kommen die Linken ins Boot. Selbst der Altgrüne Daniel Cohn-Bendit sagte: „Mir machte es Angst, hätten die Grünen eine Zweidrittelmehrheit in Deutschland. Ich würde auswandern.“ Und ich, meine Damen und Herren, füge hinzu: „Deutschland ist zu schade für die SPD und die Grünen!“ Solchen Parteien dürfen wir nicht die Zukunft unseres Landes überlassen.

Liebe Freunde, wir müssen deshalb alles daran setzen, dass wir als CDU/CSU auch im nächsten Bundestag die führende, die stärkste Kraft bleiben und niemand gegen uns eine Regierung bilden kann. Hierfür will ich meinen Beitrag leisten. Ich will mit Ihnen für unsere gemeinsame Sache kämpfen, für unsere gemeinsame Politik, für unseren Wahlkreis und für unser Land. Ich bitte Sie deshalb um Ihre Unterstützung und um Ihr Vertrauen.